
Vorsitz: Armenien

981. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 30. Juni 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DEN TERMIN DES TREFFENS DER LEITERINNEN UND LEITER DER VERIFIKATIONSZENTREN 2021**

Vorsitz

Beschluss: Das Forum für Sicherheitskooperation verabschiedete den Beschluss Nr. 3/21 (FSC.DEC/3/21) über das Datum des Treffens der Leiterinnen und Leiter der Verifikationszentren 2021; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigefügt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DEN AKTUALISIERTEN PRAXISLEITFADEN FÜR NATIONALE VERFAHREN FÜR DIE VERNICHTUNG VON KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN**

Vorsitz

Beschluss: Das Forum für Sicherheitskooperation verabschiedete den Beschluss Nr. 4/21 (FSC.DEC/4/21) über den aktualisierten Praxisleitfaden für nationale Verfahren für die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigefügt.

Russische Föderation (interpretative Erklärung, siehe Anlage zum Beschluss),
Vereinigte Staaten von Amerika, Vorsitzende des informellen Freundeskreises
zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller
Munition (Lettland)

Punkt 3 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/263/21)
(FSC.DEL/263/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerber-
ländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des
Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und
Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der
Ukraine) (Anhang 1), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/261/21
OSCE+), Vereinigtes Königreich (Anhang 2) (Anhang 3), Kanada
(Anhang 4), Russische Föderation, Litauen, Portugal – Europäische Union
- (b) *Verschiebung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021:*
Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien,
Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und
Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und
Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und
EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der
Ukraine) (FSC.DEL/268/21), Vereinigte Staaten von Amerika
(FSC.DEL/262/21 OSCE+), Kanada, Schweiz (FSC.DEL/260/21 OSCE+),
Vereinigtes Königreich, Armenien (Anhang 5), Türkei (Anhang 6),
Aserbaidshjan (Anhang 7)

Punkt 4 der Tagesordnung: SONSTIGES

Protokollarische Angelegenheiten: Türkei

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 7. Juli 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Portugals übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

das Thema Konfliktlösung behält für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten weiterhin höchste Priorität. Wir hatten die Absicht, auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz diese Woche über die anhaltenden Konflikte im OSZE-Raum, darunter auch der Konflikt in der Ostukraine und die widerrechtliche Annexion der Krim, zu sprechen. Wir bedauern und sind zutiefst darüber enttäuscht, dass die Konferenz mangels Konsens erstmals seit dem Ministerratsbeschluss von Porto 2002 nicht wie geplant stattfindet. Erlauben Sie mir dennoch, einige Anmerkungen zur Sicherheitslage in der Ukraine und deren Umgebung zu machen.

In Bezug auf die Aggressionen Russlands gegen die Ukraine und die rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol ist und bleibt unser Standpunkt klar und konsequent. Sie verstoßen eklatant gegen das Völkerrecht und die für die Sicherheit in Europa grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Wir weisen die Selbstdarstellung Russlands als Vermittler in einem „innerukrainischen Konflikt“ zurück, durch die sinnvolle Erörterungen in der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG) sowie im „Normandie-Format“ erschwert werden. Wir fordern Russland dringend auf, als Konfliktpartei Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen, sich konstruktiv an den Erörterungen der TKG und des Normandie-Quartetts zu beteiligen und seinen Teil der Minsker Vereinbarungen vollumfänglich und nach Treu und Glauben umzusetzen.

Wir unterstreichen die Bedeutung einer getreulichen Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, einschließlich derjenigen in Bezug auf militärische Transparenz. Daher schätzen wir es, wenn Teilnehmerstaaten über ihre Militärübungen in der Anwendungszone des Wiener Dokuments fundiert unterrichten, wie es zum Beispiel die Ukraine letzte Woche für die derzeit stattfindende Übung „Sea Breeze 2021“ getan hat. Wir bedauern, dass Russland seinerseits beschlossen hat, sich betreffend seinen militärischen Aufmarsch an seinen Grenzen zur Ukraine und auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim nicht

substanziell auf den Mechanismen zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument einzulassen, als dieser im April von der der Ukraine aktiviert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist die Sicherheitslage an der Kontaktlinie in der Ostukraine weiterhin zunehmend instabil. Wir sind tief besorgt angesichts der Brüchigkeit der Waffenruhe, wie sie aus dem wöchentlichen Bericht der Sonderbeobachtermission (SMM) hervorgeht, der eine wesentliche Zunahme von Verletzungen der Waffenruhe verzeichnete. Wir fordern beide Seiten auf, ihre Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Waffenruhe zu verstärken, die für weitere Schritte zur Beilegung dieses Konflikts unerlässlich ist. In diesem Zusammenhang zollen wir der Ukraine für ihre Entschlossenheit, dies zu tun, unsere Hochachtung, sowie für ihre Zurückhaltung bei der Reaktion auf die militärischen Provokationen durch die von Russland unterstützten bewaffneten Truppenformationen, trotz der traurigen und inakzeptabel hohen Zahl an Todesopfern unter ihrem Militärpersonal.

Die SMM muss sicheren, geschützten, an keine Bedingungen geknüpften und ungehinderten Zugang zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Krim und der Stadt Sewastopol, haben, um ihr Mandat in vollem Umfang zu erfüllen. Wir erinnern daran, dass das Minsker Protokoll die ständige Beobachtung der Grenze und die Verifizierung durch die OSZE verlangt und dass im Minsker Maßnahmenpaket auch die Verpflichtung enthalten ist, die volle Kontrolle der Ukraine über ihre gesamte internationale Grenze wiederherzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass die wirksame und umfassende Beobachtung der russisch-ukrainischen Staatsgrenze notwendig ist, um die Sicherheitslage zu verbessern und eine nachhaltige politische Lösung für den Konflikt zu finden.

Wir bedauern jedwede Versuche, die SMM und ihre Beobachter zu schikanieren, einzuschüchtern oder bei ihrer Arbeit zu behindern, und verurteilen die fortdauernden Einschränkungen, die überwiegend in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten vorkommen. Wir halten erneut unseren Standpunkt fest, dass alle Behinderungen der Arbeit der SMM, und auch alle Versuche, die Ausrüstung der SMM zu beschädigen oder zu zerstören, inakzeptabel sind. Diejenigen, die für die vorsätzliche Beschädigung, Zerstörung oder Verlust von unbemannten Fluggeräten der SMM und anderen Beobachtungsmitteln verantwortlich sind, sollten sowohl politisch als auch finanziell zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir halten unerschütterlich an unserer Aufforderung an alle Seiten fest, die Minsker Vereinbarungen rasch und vollständig umzusetzen und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen, um eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen zu erzielen. Die Achtung dieser Prinzipien und Verpflichtungen muss wiederhergestellt werden. Wir unterstreichen die diesbezügliche Verantwortung Russlands und fordern es erneut auf, seinen erheblichen Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Verbände zu nutzen, um diese Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Wir bekräftigen unsere tiefe Besorgnis über die Präsenz militärischer Ausrüstung und militärischen Personals aus Russland in der Konfliktzone. Wir fordern Russland auf, seine finanzielle und militärische Unterstützung der bewaffneten Verbände umgehend einzustellen. Die Waffenruhe muss eingehalten werden. Alle durch die Minsker Vereinbarungen regulierten Waffen müssen abgezogen werden. Alle ausländischen bewaffneten Verbände, sämtliche ausländische militärische Ausrüstung und alle ausländischen Söldnerinnen und

Söldner müssen aus der Ukraine entfernt werden. Es ist wesentlich, dass die Ukraine wieder die vollständige Kontrolle über ihre Staatsgrenze erlangt.

Wir erinnern an unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, es uns gleichzutun. Wir richten die dringende Aufforderung an Russland, diese grundlegenden Prinzipien, auf die es sich selbst so oft berufen hat, anzuerkennen und durch Taten und öffentliche Erklärungen dazu beizutragen, dass sich die Lage stabilisiert und Schritte rückgängig gemacht werden, die gegen diese Prinzipien verstoßen. Wir verurteilen nachdrücklich die eindeutige Verletzung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität durch Angriffshandlungen der russischen Streitkräfte seit Februar 2014 und die rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation, die wir nicht anerkennen werden. Wir fordern Russland weiterhin auf, die ungehinderte und freie Durchfahrt zum und vom Asowschen Meer in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu gewährleisten. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über die Maßnahmen Russlands zur Blockade der Zufahrt zu Teilen des Schwarzen Meers, unter anderem in der Nähe der rechtswidrig annektierten Krim und der Straße von Kertsch, zum Ausdruck sowie über die anhaltende groß angelegte Militarisierung der Halbinsel Krim durch Russland, die sich weiterhin auf die Sicherheitslage in der Schwarzmeerregion und darüber hinaus auswirkt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro^{Error! Bookmark not defined.} und Albanien^{Error! Bookmark not defined.}, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Das Vereinigte Königreich ist weiterhin besorgt über die anhaltenden Spannungen aufgrund der jüngsten Verstärkung der militärischen Aktivitäten Russlands an der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim im April. Zwei Monate nach der von Russland bekanntgegebenen Frist für den teilweisen Abzug seiner Streitkräfte sind wir nach wie vor besorgt über Berichte, die darauf hindeuten, dass sich diese noch immer in großer Zahl konzentriert in der Nähe der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim aufhalten.

Wir sind weiterhin enttäuscht darüber, dass die Russische Föderation sich nicht konstruktiv auf die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zur Schaffung der nötigen Transparenz und zur Deeskalation der Lage eingelassen hat und dies auch weiterhin bewusst nicht tut. Dies betrifft auch die Reaktion auf die Besorgnis seitens der Ukraine betreffend den militärischen Aufmarsch in der Nähe ihrer Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim nach Kapitel III des Wiener Dokuments – und das trotz wiederholter Aufforderungen anderer Teilnehmerstaaten an Russland, auf diese berechnete Besorgnis einzugehen und für Transparenz zu sorgen.

Warum verweigert sich Russland einer konstruktiven Mitarbeit im Sinne und Geiste seiner Verpflichtungen als Unterzeichner des Wiener Dokuments? Diese Vorgehensweise trägt wenig zur Vertrauensbildung in der Region bei und schafft bewusst Ungewissheit – ein Faktum, das Russland nicht leugnen kann.

Das Vereinigte Königreich fordert Russland erneut auf, die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zu nutzen, unter anderem durch Unterrichtungen in diesem Forum, um für die notwendige Transparenz zu sorgen, damit den begründeten Besorgnissen von Teilnehmerstaaten Rechnung getragen ist, auch in Bezug auf den Abzug seiner Streitkräfte, und die Lage dadurch entschärft wird.

Bedauerlicherweise weigert sich Russland nicht nur im Zusammenhang mit dem Wiener Dokument, die zur Verfügung stehenden Instrumente der OSZE für eine dringend

notwendige Verbesserung der Transparenz zu nutzen. Nur ein paar Monate nach Beginn seines beispiellosen militärischen Aufmarsches weigerte sich Russland, einer Verlängerung des Mandats der OSZE-Beobachtermission an zwei russischen Kontrollposten an der russisch-ukrainischen Grenze um mehr als zwei Monate zuzustimmen. Dies ist völlig unangemessen und zeitigt bereits nachteilige Folgen für die Arbeit der Mission; es ist vor allem ein äußerst negatives Signal.

Russland weigert sich auch, seinen erheblichen und unbestreitbaren Einfluss auf die von ihm unterstützten bewaffneten Truppenformationen zu nutzen, um sicherzustellen, dass die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) ihr Mandat in der gesamten Konfliktzone erfüllen kann. Trotz der lange geplanten Eröffnung zusätzlicher vorgeschobener Patrouillenstützpunkte in der Nähe der Grenze – eine für die umfassende Beobachtung operative Notwendigkeit, wie die SMM wiederholt erklärt hat – lehnen es die von Russland unterstützten bewaffneten Truppenformationen weiterhin ab, für die notwendigen Sicherheitsgarantien für diese Stützpunkte zu sorgen. Bestürzend ist auch, dass die von Russland unterstützten Truppenformationen der SMM noch immer nicht die notwendigen Sicherheitsgarantien bieten, damit die beschädigte Kamera im Entflechtungsgebiet Petriwske ersetzt werden kann.

Die Bewegungsfreiheit der SMM wird auch weiterhin von den von Russland unterstützten Truppenformationen routinemäßig eingeschränkt. In der Woche ab 21. Juni kam es 18 Mal zu Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der SMM, immer in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten. Darüber hinaus schränken die bewaffneten Truppenformationen noch immer die SMM in ihrer Fähigkeit zur vollständigen Beobachtung entlang der Kontaktlinie und zwischen den nicht von der Regierung kontrollierten Regionen Donezk und Luhansk Regionen ein und zwingen somit die Mission, wie drei getrennte Einheiten vorzugehen. Dies hindert die Mission an der uneingeschränkten Umsetzung ihres Mandats, was wir nicht akzeptieren werden. Russlands Schweigen zu dieser Frage sagt viel über seine mangelnde Bereitschaft aus, sich auf eine wirklich umfassende Beobachtung der Konfliktzone einzulassen.

Wir fordern Russland auf, die notwendigen Schritte zu setzen, um für größere Transparenz zu sorgen und die regionale Sicherheit zu stärken. Dazu zählt die Erfüllung seiner Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument, seine Zustimmung sowohl zur Verlängerung als auch zur Ausweitung des Mandats der Grenzbeobachtermission und die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die SMM im Einklang mit ihrem Mandat sicheren, geschützten und an keinerlei Bedingungen geknüpften Zugang zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der Krim, hat.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Minsker Vereinbarungen im Hinblick auf eine friedliche Lösung des Konflikts unter vollständiger Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie für die diesbezügliche Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe und des Normandie-Quartetts. Russland muss seinen Teil dazu beitragen und seine Verpflichtungen erfüllen.

Abschließend, Herr Vorsitzender, verurteilt das Vereinigte Königreich erneut die anhaltende Militarisierung der Krim, des Asowschen Meeres und des Schwarzen Meeres. Die jüngste Entsendung einer großen Zahl russischer Streitkräfte auf die rechtswidrig annektierte Krim und die anschließende groß angelegte Übung waren provozierend, aggressiv und völlig

inakzeptabel. Wir bekräftigen auch unsere große Besorgnis über die Entscheidung der Russischen Föderation, von April bis Oktober Einschränkungen für bestimmte Teile des Schwarzen Meeres, einschließlich der Zufahrten zur Straße von Kertsch, zu verhängen. Diese Aktionen sind ungerechtfertigt und destabilisierend.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir werden, wie wir eindeutig klargemacht haben, stets das Völkerrecht wahren und keinerlei rechtswidrige Eingriffe in die friedliche Durchfahrt dulden. Wir erkennen die sogenannte Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch weiterhin nicht tun. Das Vereinigte Königreich ist stets Seite an Seite mit der Ukraine gegen alle Fälle von russischer Aggression gegen die Ukraine aufgetreten, und wir werden dies auch in Zukunft tun, auch durch Sanktionen, zusammen mit unseren internationalen Partnern.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Herr Vorsitzender, ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen und auf die Bemerkungen meines geschätzten russischen Kollegen in Bezug auf die Durchfahrt der HMS Defender in der vergangenen Woche reagieren. Um der Transparenz willen wollte ich unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ nähere Angaben zur Durchfahrt machen. In Anbetracht der Bemerkungen meines geschätzten russischen Kollegen scheint es jedoch passender, sie an dieser Stelle mitzuteilen. Im Interesse der Transparenz möchte ich also in aller Kürze die Umstände der Durchfahrt mit weiteren Einzelheiten erläutern. Die Fakten sind folgende.

Am Mittwoch, dem 23. Juni 2021, lief die HMS Defender (ein Zerstörer vom Typ 45) aus dem ukrainischen Hafen Odessa in Richtung des georgischen Hafens Batumi im Schwarzen Meer aus. Die HMS Defender führte eine friedliche Fahrt durch die ukrainischen Hoheitsgewässer auf direktem Weg im Rahmen eines Verkehrstrennungssystems durch, wie es dem Vereinigten Königreich (und allen anderen Staaten) nach internationalem Seerecht zusteht. Dieses Verkehrstrennungssystem wird von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) geregelt und soll Schiffen bei der sicheren Durchfahrt durch überlastete Wasserstraßen helfen. Das Vereinigte Königreich erkennt keinerlei russischen Anspruch auf diese Gewässer an, und wir weisen auch die Behauptung des russischen Verteidigungsministeriums zurück, dass die HMS Defender gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) verstoßen habe.

Um 9.50 Uhr (britische Sommerzeit, BST) fuhr die HMS Defender innerhalb der ukrainischen Hoheitsgewässer in das Verkehrstrennungsgebiet ein. Um 10.00 Uhr (BST) warnte ein Schiff der russischen Küstenwache, dass russische Einheiten in Kürze mit einer Artilleriegefechtsschießübung beginnen würden. Um 10.08 Uhr (BST) bemerkte die HMS Defender Geschützfeuer achtern und außerhalb der Schussreichweite ihrer Position. Das stellte keine Gefahr für die HMS Defender dar. Während ihrer Durchfahrt wurde die HMS Defender von russischen Kampfflugzeugen in unterschiedlichen Höhen überflogen, wobei die niedrigste Höhe etwa 500 Fuß betrug. Diese Luftfahrzeuge stellten keine unmittelbare Gefahr für die HMS Defender dar, aber einige dieser Manöver waren weder sicher noch professionell. Die HMS Defender antwortete den russischen Einheiten mehrmals über UKW-Funk und verhielt sich dabei stets höflich und professionell.

Die HMS Defender behielt während der gesamten friedlichen Durchfahrt einen sicheren Kurs bei und manövrierte einmal, um einem Schiff der russischen Küstenwache auszuweichen, das eine Gefahr darstellte, bevor sie wieder ihren geplanten Kurs einschlug. Die HMS Defender beendete die Durchfahrt sicher und verließ die ukrainischen Hoheitsgewässer um 10.26 Uhr (BST) in Übereinstimmung mit ihrer geplanten Route. Zu keinem Zeitpunkt wurden Warnschüsse auf die HMS Defender abgefeuert oder Bomben in ihre Bahn abgeworfen, wie die russischen Behörden behaupteten.

Nach Artikel 19 des Seerechtsübereinkommens hatte die HMS Defender das Recht auf friedliche Durchfahrt durch ukrainische Hoheitsgewässer ohne dies vorher anzukündigen. Dieses Recht gewährt das Vereinigte Königreich Russland und anderen Staaten im Zusammenhang mit den Hoheitsgewässern des Vereinigten Königreichs, auch in der Verkehrstrennungsregion Dover im Ärmelkanal.

Die Königliche Marine sowie andere NATO- und Partnerstaaten halten sich seit vielen Jahren regelmäßig im Schwarzen Meer auf. Zum Zeitpunkt dieser Begegnung waren sowohl niederländische als auch US-amerikanische Kriegsschiffe anderswo im Schwarzen Meer im Einsatz. Die Präsenz der Königlichen Marine erfolgt im Dienste der Zusammenarbeit mit unseren Partnern und Verbündeten mit dem Ziel, die regionale Sicherheit, Stabilität und Freiheit der Schifffahrt zu fördern.

Herr Vorsitzender, die HMS Defender setzt nun ihren geplanten Einsatz und ihr Besuchsprogramm fort. Und ich möchte nur sagen, dass die Königliche Marine immer das Völkerrecht einhalten und keine unrechtmäßige Störung einer friedlichen Durchfahrt hinnehmen wird.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich meinen geschätzten russischen Kollegen noch einmal davor warnen, wiederholt inakzeptable und rücksichtslose Drohungen auszusprechen, die in einem vertrauensbildenden Forum nichts zu suchen haben und die britischen Streitkräfte nicht davon abhalten werden, ihre Rechte nach dem internationalen Seerecht wahrzunehmen. Ich möchte die russische Delegation ermutigen, mit uns zusammenzuarbeiten, um das Risiko einer Fehleinschätzung so gering wie möglich zu halten. Das Vereinigte Königreich nimmt seine vertraglichen Verpflichtungen, einschließlich des operationellen Risikomanagements, sehr ernst, und wir erwarten, dass Russland dasselbe tut.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

wir sind nach wie vor zutiefst beunruhigt über das anhaltend ausweichende Verhalten Russlands, den Mangel an Transparenz und sein Schweigen in Bezug auf berechnete Besorgnisse über seinen beispiellosen militärischen Aufmarsch auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim und entlang der Ostgrenze der Ukraine. Wir bekräftigen unsere Aufforderung an die Russische Föderation, konstruktive Bemühungen um eine Deeskalation der Spannungen, vor allem in der Trilateralen Kontaktgruppe, zu unternehmen und ihre Taktik des Verleugnens und Ablenkens aufzugeben. Russland muss die bewaffneten Formationen, die es mit Nachschub versorgt, die unter seiner Führung stehen und an deren Seite es kämpft, anweisen, ihre provozierenden Handlungen einzustellen.

Wir sind äußerst besorgt über den massiven Anstieg der Verstöße gegen die Waffenruhe in der vergangenen Woche, insbesondere in und um die Entflechtungsgebiete Solote und Petriwske, sowie über die zunehmende Zahl von Detonationen sowie Salven von schwerem MG-Feuer im Umkreis von fünf Kilometern um die Wasserfilteranlage von Donezk. Wiederum ereigneten sich mehrere dieser Zwischenfälle, als ein Bus mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wasserfilteranlage von Donezk von der Anlage nach Jasinuwata unterwegs war. Auch schwere Waffen werden nach wie vor unter Verletzung der Rückzugslinien gesichtet. So wurden in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten von Luhansk 12 Mehrfachraketen-Systeme sowie 12 gezogene Haubitzen/Mörser und neun Panzer gesichtet, die sich Berichten zufolge außerhalb ihrer ausgewiesenen Lagerungsstätten befinden.

Es überrascht nicht, dass sich das Alltagsleben der Zivilbevölkerung in der Ostukraine nicht spürbar verbessert hat. Kontrollposten der bewaffneten Formationen bei Solote und Schtschastja bleiben geschlossen, obwohl die ukrainische Regierung die entsprechenden Einreise-/Ausreisekontrollposten schon vor Monaten geöffnet hat. Wir haben erneut Berichte über Zivilpersonen gehört, die durch explosive Kampfmittelrückstände verletzt wurden, wobei ein Mann am 4. April in Altschewsk (Luhansk) mehrere Finger seiner rechten Hand verlor; erneut hat auch die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) neue Minenwarnschilder gesehen, diesmal an einem Kontrollposten der bewaffneten Formationen im nicht von der Regierung kontrollierten Stila.

Herr Vorsitzender,

trotz wiederholter Aufrufe der Mehrheit der Teilnehmerstaaten, der SMM uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugang zur gesamten Ukraine im Einklang mit ihrem Mandat zu gewähren, scheinen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Mission eher noch häufiger und weiträumiger zu werden. Die SMM-Patrouillen wurden in der vergangenen Woche fast täglich von den bewaffneten Formationen in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten an der freien Durchfahrt gehindert. Die SMM muss sicheren und ungehinderten Zugang in der gesamten Ukraine erhalten. Außerdem müssen die Störungen der Ausrüstung der SMM sofort eingestellt werden. Erneut wurde eine Mini-Drohne (UAV) der SMM mit Kleinwaffen beschossen, und die intensive Störung von GPS-Signalen ist zur Regel geworden. Die Störungen waren erneut so stark, dass Mittel- und Langstrecken-UAV mehrmals nicht einmal starten konnten. Wir fordern Russland erneut auf, die Präsenz seines modernen elektronischen Kampfsystems Schitel in der Ostukraine zu erklären.

Herr Vorsitzender,

die Krim und die Stadt Sewastopol sind völkerrechtlich nach wie vor Teil der Ukraine. Wir verurteilen die eklatante Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Russland und bedauern die Auswirkungen des Konflikts auf die Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim sowie auf die allgemeine Sicherheitslage in der ganzen Schwarzmeerregion.

Besonders besorgt sind wir nach wie vor über die von Russland für einen Zeitraum von sechs Monaten verhängten Einschränkungen der freien Schifffahrt in einigen Teilen des Schwarzen Meeres, insbesondere bei der Zufahrt zur Straße von Kertsch. Durch diese Restriktionen wird die faktische Blockade der ukrainischen Häfen am Asowschen Meer fortgesetzt; in Kombination mit der Verlegung einer großen Zahl von Schiffen der russischen Streitkräfte vom Kaspischen ins Schwarze Meer sind sie eine bewusste Provokation und höchst destabilisierend.

Herr Vorsitzender,

Kanada hält unerschütterlich an seiner Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Schifffahrtsrechte in ihren Hoheitsgewässern fest. Wir werden weiterhin Druck ausüben, auch durch anhaltende Sanktionen, bis die Russische Föderation ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen vollständig erfüllt, einschließlich des Abzugs aller bewaffneten Truppenteile, sämtlicher militärischer Ausrüstung und aller Söldnerinnen und Söldner aus der Ukraine sowie der Rückgabe der vollen Kontrolle über die Grenze an die ukrainische Regierung.

Danke.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir zunächst, den Delegationen der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs dafür zu danken, dass sie die Diskussion über die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) 2021 angestoßen haben. Der Standpunkt Armeniens zu den Beschlussskizzen über den Termin sowie die Tagesordnung und die organisatorischen Modalitäten der ASRC wurde bei den Erörterungen im Vorbereitungsausschuss des Ständigen Rates und im Schreiben unserer Delegation an den Vorsitz des Ständigen Rates, das am 29. Juni unter der Nummer PC.DEL/1029/21 verteilt wurde, ausführlich dargelegt.

Wir stimmen mit den anderen Delegationen darin überein, dass die ASRC eine der wichtigsten jährlichen Veranstaltungen für die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten ist, auf der wichtige Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im Verantwortungsbereich der OSZE erörtert werden. Auf dem Ministerratstreffen von Porto im Jahr 2002 haben wir uns alle dazu verpflichtet, angesichts der Gefahr, die Konflikte in verschiedenen Regionen im OSZE-Raum für alle Teilnehmerstaaten darstellen, jährlich eine solche Konferenz abzuhalten. Armenien bedauert zutiefst, dass trotz der laufenden Konsultationen kein Konsens über die Beschlussskizzen zum Termin sowie zur Tagesordnung und den organisatorischen Modalitäten der ASRC 2021 hergestellt werden konnte.

Es ist in der Tat besorgniserregend, dass diese Situation nach einem Jahr eintritt, in dem die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum durch einen bedeutenden Konflikt mit massiver Gewaltanwendung ernsthaft in Frage gestellt wurde. Der Konflikt, der Tausende von Opfern, die Vertreibung von Menschen in großem Maßstab und enorme Zerstörungen zur Folge hatte, sollte im Mittelpunkt und nicht am Rande der ASRC derjenigen Organisation abgehandelt werden, die den Auftrag hat, sich mit Sicherheits- und Konfliktfragen zu befassen. Eine derartige Vereitelung eines sinnvollen Dialogs, des Mandats dieser Organisation und des Zwecks der jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz ist in der Tat beispiellos.

Wir sind der Ansicht, dass der OSZE-Vorsitz und die Teilnehmerstaaten alle notwendigen und geeigneten Schritte unternehmen sollten, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen im OSZE-Raum in der Tagesordnung der ASRC den gebührenden Raum

zu geben. Die Delegation Armeniens hat bei der Unterstützung der Bemühungen des OSZE-Vorsitzes, den Stillstand zu überwinden und die Tagesordnung der Veranstaltung an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen, eine konstruktive Haltung und Flexibilität bewiesen. Wir lassen uns von der Überzeugung leiten, dass die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten nicht der Möglichkeit beraubt werden sollten, diese herausragende Veranstaltung abzuhalten, und wir sind bereit, unser konstruktives Engagement zu diesem Zweck fortzusetzen.

Unter den derzeit herrschenden beispiellosen Verhältnissen fordern wir den schwedischen OSZE-Vorsitz und die Teilnehmerstaaten auf, den Zweck und den Geist der Organisation zu wahren und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass unsere gemeinsamen Verpflichtungen nicht durch ungerechtfertigte Erwartungen eines Teilnehmerstaats gefährdet werden.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

auf dem Treffen des Ministerrats in Porto 2002 vereinbarten die Außenminister alljährlich vor der Sommerpause eine Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE (ASRC) abzuhalten.

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) ist der wichtigste Rahmen für die Intensivierung des laufenden Dialogs über die Sicherheit im OSZE-Raum und für die Überprüfung der einschlägigen Arbeit der Organisation und ihrer Teilnehmerstaaten.

Die ASRC bietet Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über Fragen der Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, einschließlich des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und des Vertrags über den Offenen Himmel.

In diesem Zusammenhang legt die Türkei Wert darauf, dass die ASRC gemäß dem Beschluss Nr. 3 des Ministerrats von Porto (MC(10).DEC/3) noch vor der Sommerpause abgehalten wird.

Wir bedauern zutiefst, dass die ASRC in diesem Jahr aufgrund des Widerstands eines Teilnehmerstaats nicht wie geplant stattfinden konnte.

Wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, sich konstruktiv um die ehestmögliche Abhaltung der ASRC 2021 zu bemühen und die diesbezüglichen Bemühungen des schwedischen OSZE-Vorsitzes rückhaltlos zu unterstützen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

wie andere Delegationen vor uns unterstreicht auch die Delegation Aserbaidshans die Bedeutung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) als eine der wichtigsten Veranstaltungen im Rahmen der ersten Dimension der OSZE, bei der die Teilnehmerstaaten ein breites Spektrum sicherheitsrelevanter Fragen im OSZE-Raum erörtern können. Wir danken dem schwedischen OSZE-Vorsitz für seine Bemühungen, die ASRC in diesem Jahr auszurichten, und bedauern, dass es bisher nicht möglich war, zu einem Konsens zu kommen.

Was die Arbeitssitzung zu Konflikt- und Krisensituationen im OSZE-Raum angeht, möchten wir den Standpunkt Aserbaidshans bekräftigen. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan ist nach dem 44-tägigen Krieg in unserer Region im vergangenen Jahr und der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung am 10. November 2020 durch die Staats- und Regierungschefs Armeniens, Aserbaidshans und der Russischen Föderation beigelegt. Im Hinblick auf die aktuelle Situation zwischen Armenien und Aserbaidshan sollte die Tagesordnung der ASRC die Realität vor Ort und die Notwendigkeit der Bemühungen der OSZE um die Konsolidierung von Frieden und Stabilität in der Region zur Unterstützung der trilateralen Erklärung widerspiegeln und nicht die von Armenien vertretenen überholten Vorstellungen und Konfliktnarrative.

Der Eifer, mit dem die armenische Delegation versucht, eine Sondersitzung über den früheren Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan durchzusetzen, ist recht merkwürdig und widersinnig, bedenkt man die frühere Haltung dieses Landes in Bezug auf Sitzungen zu Konflikten im Rahmen der ASRC. Wir möchten die Teilnehmerstaaten daran erinnern, dass sich Armenien in den vergangenen Jahren beharrlich geweigert hat, den Konflikt auch nur zu erörtern. Armenien hat sein Möglichstes getan, um zu verhindern, dass der Konflikt auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wird. Bevor man also für eine Sondersitzung wirbt und dafür plädiert, den ehemaligen Konflikt ganz oben auf die Tagesordnung der OSZE zu setzen, empfehlen wir der armenischen Delegation, ihre eigenen Erklärungen zu diesem Konflikt zu überprüfen.

Aserbaidshon unterstützt die Abhaltung der ASRC in diesem Jahr und die diesbezüglichen Bemühungen des schwedischen OSZE-Vorsitzes. Dabei ist jedoch unbedingt sicherzustellen, dass die Tagesordnung der Konferenz dem aktuellen Stand der Dinge und der Realität vor Ort entspricht und nicht die Launen eines einzelnen Teilnehmerstaats widerspiegelt.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Vielen Dank Herr Vorsitzender.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 1 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 3/21
TERMIN DES TREFFENS DER LEITERINNEN UND LEITER DER
VERIFIKATIONSZENTREN 2021**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

bekräftigend, dass das Wiener Dokument 2011 der OSZE (WD 2011) nach wie vor ein Schlüsseldokument für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) darstellt, und feststellend, dass das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) ein wichtiges Forum zur Erörterung der Durchführung der im WD 2011 vereinbarten Maßnahmen bietet,

Kenntnis nehmend von den auf dem 31. AIAM geführten Erörterungen und den dort geäußerten Ansichten,

in Anerkennung der Tatsache, dass das Ziel des Treffens der Leiterinnen und Leiter der Verifikationszentren der Austausch von Erfahrungen und Informationen über technische Aspekte der Durchführung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen ist, –

beschließt,

1. das Treffen der Leiterinnen und Leiter der Verifikationszentren 2021 in Wien einzuberufen; es beginnt am 15. Dezember 2021 nachmittags und wird am 16. Dezember 2021 fortgesetzt;
2. das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) mit der Vorbereitung und dem Vorsitz des Treffens zu beauftragen;
3. das KVZ zu beauftragen, auf der Eröffnungssitzung des 32. AIAM über das Treffen der Leiterinnen und Leiter der Verifikationszentren 2021 zu berichten.

981. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 987, Punkt 2 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 4/21
AKTUALISIERTER PRAXISLEITFADEN FÜR NATIONALE
VERFAHREN FÜR DIE VERNICHTUNG
VON KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN**

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

in Erfüllung des Mandats, das ihm durch den in Wien im Dezember 2017 verabschiedeten Beschluss des Ministerrats Nr. 10/17 über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) erteilt wurde, und ermutigt durch die Anerkennung der „Notwendigkeit, dass die OSZE ihre SALW- und SCA-bezogenen Normen und Praxisleitfäden sowie deren Umsetzung weiter verbessert“ in der Erklärung des Ministerrats 2018 von Mailand zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Normen und Praxisleitfäden für SALW und SCA,

in Anerkennung der Ergebnisse der dritten Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten, die vom 18. bis 29. Juni 2018 in New York stattgefunden hat,

in der Erkenntnis, dass der aktualisierte Praxisleitfaden den Teilnehmerstaaten auch als Orientierungshilfe bei der Gestaltung ihrer nationalen Politik dienen und alle Teilnehmerstaaten zur freiwilligen Umsetzung höherer gemeinsamer Praxisstandards ermutigen könnte,

feststellend, dass der aktualisierte Praxisleitfaden auch für die Kooperationspartner der OSZE und andere Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei deren Bemühungen um die Bewältigung der Risiken und Herausforderungen nützlich sein könnte, die durch reaktivierte, konvertierte und anderweitig illegal veränderte Kleinwaffen verursacht werden, –

beschließt,

1. den – mit vollständigem Titel – aktualisierten Praxisleitfaden für nationale Verfahren für die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen zu begrüßen, der anhand nachahmenswerter Verfahren beispielhaft darstellt, wie die für die Entwicklung politischer Konzepte sowie allgemeiner Richtlinien und Verfahren zur Vernichtung von SALW vom

Zeitpunkt der Identifizierung zur Zerstörung bis zur Entsorgung des Schrotts nötigen Informationen und Analysen geliefert werden (FSC.DEL/264/20/Rev.1);

2. die Veröffentlichung des aktualisierten Praxisleitfadens in allen sechs OSZE-Sprachen zu befürworten und die Teilnehmerstaaten zu ermutigen, diesen Leitfaden entsprechend verfügbar zu machen;
3. das Konfliktverhütungszentrum zu beauftragen, für die weitestmögliche Verbreitung dieses aktualisierten Praxisleitfadens zu sorgen, und zwar auch an die Kooperationspartner der OSZE und die Vereinten Nationen;
4. um die Vorstellung des aktualisierten Praxisleitfadens auf der siebten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu ersuchen.

Dieser aktualisierte Praxisleitfaden ersetzt den Praxisleitfaden für nationale Verfahren für die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen (FSC.GAL/26/03/Rev.2, 19 September 2003), der in FSK-Beschluss Nr. 5/03 über Best-Practice-Leitfäden über Kleinwaffen und leichte Waffen vom 18. Juni 2003 begrüßt wurde.

FSC.DEC/4/21
30 June 2021
Attachment

GERMAN
Original: RUSSIAN

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6 DER
GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Russischen Föderation:

„Nachdem sie sich dem heute verabschiedeten Beschluss des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) über den aktualisierten Praxisleitfaden für nationale Verfahren für die Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen angeschlossen hat, hält es die Delegation der Russischen Föderation für notwendig, die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abzugeben.

Die Verabschiedung des aktualisierten Praxisleitfadens für nationale Verfahren für die Vernichtung von SALW begrüßend, ist die Russische Föderation der Auffassung, dass die Umsetzung dieses Dokuments freiwillig ist.

Wir ersuchen, diese Erklärung dem betreffenden Beschluss als Anhang beizufügen.“